FH-TV-01-095

Wir streiten für Toleranz, Vielfalt und Selbstbestimmung

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Silke Kolwitz (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu FH-TV-01

Von Zeile 95 bis 104:
Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. ~~Es ist längst klar, dass Kriminalisierung und Repression keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum und Missbrauch von Drogen sind. Die Ideologie geleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme, als sie bekämpft. Statt sinnfreier Strafverfolgung, die zudem viele Millionen Euro kostet, setzen wir auf Prävention für Kinder und Jugendliche, eine Stärkung der Suchthilfe für Abhängige und eine strenge Regulierung von Cannabis für Erwachsene. Unser Cannabiskontrollgesetz weist den Weg, wie individuelle Freiheit für Erwachsene und strikter Jugendschutz in eine ausgewogene Balance gebracht werden können. Wir wollen einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität.~~Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Mittel gegen den Konsum oder den Missbrauch von Drogen. Statt wirkungsloser Strafverfolgung von Drogenkonsumierenden, die viele Millionen Euro kostet und soziale Schäden anrichtet, setzen wir auf Entkriminalisierung, Prävention und Jugendschutz, eine Stärkung der zielgruppenspezifischen Suchthilfe für Abhängige, eine regulierte Abgabe von Cannabis durch unser Cannabiskontrollgesetz und eine bessere Forschung.
Die Prävention soll potentielle Konsumierende, z. B. Jugendliche, über Risiken informieren, sachliche Aufklärung bieten und einen verantwortungsvollen Umgang mit Drogen fördern. Aufklärung an Schulen soll nicht mehr von Polizist*innen, sondern von erfahrenen Pädagog*innen durchgeführt werden. Wir wollen die chemische Analyse (Drugchecking) von Drogen für Konsumierende ermöglichen, denn vor allem in Ballungsgebieten können sich verunreinigte und überdosierte Drogen schnell verbreiten und zu gesundheitlichen Schäden führen. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hingewiesen werden, z.B. mit Werbeverboten oder Verbannung dieser Substanzen von Supermarktkassen, aus Tankstellen und Drogerien, hin zu Alkohol- und Tabakverkaufsläden, die erst ab 16 betreten werden dürfen. Den alarmierenden Zahlen des Medikamentenmissbrauchs werden wir durch eine bessere Qualifikation der Ärzte/Ärztinnen und Apotheker_Innen, Präventionsprogramme, die auf kompetente Arzneimittelanwendung abzielen, und den Ausbau niederschwelliger Entzugsangebote entgegen wirken.
In der Suchthilfe und –therapie von abhängigen Drogenkonsumenierenden setzen wir auf medizinrechtliche Änderungen, damit leichter Substitutionsstoffe, Originalstoffe und Gegenmittel wie Naloxon ausgegeben werden können; auch vorbeugend und auf Vorrat, da so Drogentote und schwere Gesundheitsschäden vermieden werden können. Gerade bei Übergängen von Gefängnisaufenthalten muss eine lückenlose Versorgung ermöglicht werden, damit Therapieerfolge nicht durch die erhöhte Rückfallgefahr einer lückenhaften Substitution wieder zunichte gemacht werden.
Wir setzen auf intensive Forschung, um die Wirkungspotenziale und Risiken von psychoaktiven

Substanzen ganzheitlicher erfassen zu können. Dafür gilt es eine Risikobewertung von Einzelsubstanzen, auf Basis der in der regulatorischen Toxikologie anerkannten Regeln, zu etablieren, insbesondere bei den Legal Highs. Diese Erkenntnisse sind der zukünftigen Drogenpolitik zu Grunde zu legen.

Begründung

Im ersten Abschnitt ist uns das Thema Forschung wichtig. Der zweite Absatz zum Thema Prävention enthält den wichtigen Hinweis, dass die Polizei keine Prävention in Schulen machen soll. Der dritte Abschnitt ist die Fortsetzung der Drogenpolitik von Christa Nickels, indem wir abhängig Drogenkonsumierende auf dem wissenschaftlich neuesten Stand therapieren wollen, was zudem unsere Gefängnisse leerer macht, wie in den Niederlanden. Auch die Frage wie man mit neuen psychoaktiven Substanzen umgeht wird immer wichtiger und stellt das philosophische Grundgerüst dar: Die wissenschaftliche Einordnung.

Unterstützer*innen

Danilo Zoschnik (Barnim KV); Marcel Duda (Hildesheim KV); Philipp Schulte (Münster KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Dirk Rehahn (Berlin-Kreisfrei KV); Marius Kühne (Münster KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Antje Wagner (München-Land KV); Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV); Fritz Lothar (Winkelhoch Oberberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Wolfgang Remmers (Berlin-Kreisfrei KV)